



**Wirtschaftsverband Stahl-
und Metallverarbeitung e.V.**

WSM Position zu den geplanten US-Einfuhrzöllen

1. Der Wirtschaftsverband Stahl- und Metallverarbeitung e.V. spricht sich für einen freien und fairen Welthandel ohne Protektionismus und staatliche Einflussnahme aus.
2. Handelsbarrieren in marktwirtschaftlich organisierten Märkten schaden langfristig den Verbrauchern, indem sie den Wettbewerb um das beste Produkt ausschalten und somit Innovationen behindern und Waren verteuern. Nicht oder nicht mehr wettbewerbsfähige Industrien werden daher durch Handelsbarrieren auf Dauer nicht geschützt und auch nicht erhalten, ein nachhaltiger Beschäftigungsaufbau wird nicht bewirkt.
3. Der WSM verurteilt die geplanten Einfuhrzölle der USA auf Produkte der Stahl erzeugenden und verarbeitenden Industrien.
4. Der WSM – wie auch die amerikanische Organisation der Stahlverarbeiter – kann nicht erkennen, dass durch die geplanten Importzölle die amerikanische Stahlindustrie tatsächlich nachhaltig gestärkt würde oder wächst. Die Importzölle werden ihr erklärtes Ziel nicht erreichen. Im Gegenteil ist zu erwarten, dass durch ein steigendes Preis- und gleichzeitig sinkendes Innovations- und Qualitätsniveau die Wettbewerbsfähigkeit der nachgelagerten Industrien beschädigt und dort ein Vielfaches der Arbeitsplätze bedroht wäre.
5. Der WSM lehnt die Verhängung von Importbeschränkungen der EU gegen US-Produkte und andere Retorsionsmaßnahmen als Reaktion prinzipiell ab. Wenn sich die EU dazu gleichwohl entschließt, muss eine Eskalation unbedingt vermieden werden. Durch weitere Handelsbarrieren entstehen nur noch größere Schäden für Europa und die USA.
6. Handelskonflikte gehören in ein geordnetes rechtsstaatliches Verfahren vor die WTO. Wir brauchen funktionstüchtige völkerrechtliche Institutionen, die Handelskonflikte effizient befrieden und lösen können. Eine Schwächung der WTO ist inakzeptabel. Vorgeschobene Gründe für Handelsbarrieren dürfen keinen Bestand haben.
7. Die Einfuhrzölle der USA dürfen keinen Automatismus für die Verhängung von Einfuhrbarrieren der EU begründen. Etwaige Umlenkungseffekte von weltweiten Warenströmen aufgrund der US-Einfuhrbeschränkungen müssen zunächst beobachtet und analysiert werden. Die Interessen der Stahl verarbeitenden Industrien müssen berücksichtigt werden. Die von anderen Betroffenen angeregten Safeguard-Maßnahmen würden nicht allein die Produkte betreffen, die aus den USA in die EU

geliefert werden, sondern die Lieferungen aus sämtlichen Ländern der Welt. Im Ergebnis würde die EU sich dadurch genauso von der internationalen Versorgung abschneiden wie die USA, mit den gleichen Folgen wie unter Punkt 2 und 4 beschrieben. Soweit sich Umlenkungseffekte von Warenströmen nach Europa indes tatsächlich ergeben, sind gezielte und WTO-konforme Schutzmaßnahmen in Erwägung zu ziehen.

8. Einfuhrbeschränkungen der EU sind legitim und zu verhängen, wenn die Importware unter nicht marktwirtschaftlichen Umständen erzeugt wurde. Über solche gezielte Antidumping-Maßnahmen hinaus sind bi- oder multilaterale Handelsabkommen pauschalen Einfuhrbeschränkungen vorzuziehen.

Düsseldorf/Hagen, den 16.3.2018